

## Bekanntmachung

Planfeststellung nach § 43 EnWG i. V. m. Art. 72 ff. BayVwVfG

**Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);  
Planfeststellungsverfahren nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG für den Neubau der 380-kV-Verbindungsleitung Adlkofen  
(B151A)**

Die Planfeststellung wurde beantragt von der TenneT TSO GmbH (Vorhabenträgerin).

Für das Bauvorhaben werden Grundstücke in der Gemeinde Adlkofen beansprucht. Flächen für Kompensationsmaßnahmen sind des Weiteren in den Gemeinden Adlkofen, Niederaichbach sowie der Stadt Landshut vorgesehen.

Für das Vorhaben ist gem. §§ 5 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 i. V. m. § 10 UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die für das Verfahren und die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Regierung von Niederbayern erachtet dies als zweckmäßig. Durch die Offenlage des Plans einschließlich des von der Vorhabenträgerin vorgelegten UVP-Berichts (§ 16 UVPG) erfolgt gleichzeitig die Beteiligung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gem. § 18 Abs. 1 UVPG. In der Bekanntmachung ist die Öffentlichkeit gem. § 19 UVPG auch darüber zu unterrichten, welche Unterlagen der zuständigen Behörde vorgelegt wurden.

Folgende Unterlagen werden zur allgemeinen Einsicht digital zugänglich gemacht auf der Internetseite

Internetadresse der Gemeinde

<https://www.landshut.de/B151Adlkofen>

In der Zeit vom <b>21.05.2025</b>	bis zum (einschließlich) <b>20.06.2025</b>
--------------------------------------	---

- 1.1 Erläuterungsbericht
- 2.1 Übersichtsplan
- 3.1 Übersichtsplan Wege
- 3.2 Wegeliste
- 4.1 Erläuterung Lage- und Rechtserwerbsplan
- 4.2 Lage- und Rechtserwerbspläne Blätter 01-11
- 4.3 Erläuterungen zum Rechtserwerbsverzeichnis
- 4.4 Rechtserwerbsverzeichnisse für B151A sowie für Kompensation
- 5.1 Erläuterungen zu Listen und Verzeichnissen
- 5.2 Bauwerksverzeichnis
- 5.3 Mastliste
- 5.4 Koordinatenliste
- 5.5 Kreuzungsverzeichnis
- 5.6 Fundamentliste
- 6.1 Mastprinzipzeichnungen
- 6.2 Regelfundamente
- 7.1 Erläuterungsplan Profilpläne
- 7.2 Profilpläne Blätter 1-5
- 8.1 Umweltverträglichkeitsprüfung
- 8.2 Landschaftspflegerischer Begleitplan
- 8.3.1 Übersichtsplan Blattschnitt
- 8.3.2 Übersichtsplan Schutzgebiete
- 8.3.3 Übersichtsplan Waldeingriffe
- 8.3.4 Zusatzlegende Flora und Fauna
- 8.3.5 Schutzgut Flora
- 8.3.6 Schutzgut Avifauna
- 8.3.7 Schutzgut Fauna außer Avifauna
- 8.3.8 Schutzgut Mensch und kulturelles Erbe
- 8.3.9 Schutzwerte Wasser Luft Klima
- 8.3.10 Schutzgut Landschaft
- 8.3.11 Schutzgut Boden – Konfliktplan
- 8.3.12 Schutzgut Boden – bes. Empf.
- 8.3.13 Schutzgut Boden – Bodenfunktionen
- 8.4.1 Übersichtsplan Vermeidung
- 8.4.2 Detailpläne Vermeidung – Schutzzäune, Leitstrukturen, Wiederherstellung
- 8.4.3 Detailpläne Vermeidung – techn. Ausf.
- 8.4.4 Übersichtsplan Kompensation
- 8.4.5 Detailplan Kompensation

8.4.6	Maßnahmenblätter
8.5.1	Natura2000 Verträglichkeitsabschätzung und -untersuchung
8.5.2	Natura 2000 Übersichtsplan
8.6.1	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
8.6.2	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Übersichtsplan
8.6.3	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Avifauna
8.6.4	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Avifauna Raumnutzungsanalyse
8.6.5	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Fauna
9.1	Immissionsbericht EMF
9.2	Schallgutachten
10.1	Wasserwirtschaftliche Unterlage
11.1	Grundsätze zum Bodenschutz
11.2.1	Kartierbericht faunistische Kartierung
11.2.2	Kartierbericht Kartierung BNT
11.3	Baugrundvoruntersuchung
11.4	Baugrunduntersuchung angrenzende Projekte
11.5	Bodenschutzkonzept

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen den Plan bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum

Datum  
**20.07.2025**

schriftlich oder zur Niederschrift

bei (Anschrift mit Zimmernummer)

**Stadt Landshut, Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung**  
4. Stock, Zimmer 403  
Rathaus II, Luitpoldstraße 29, 84034 Landshut

oder bei der Regierung von Niederbayern, Verwaltungsgebäude am Münchner Tor, Innere Münchener Straße 2, 84028 Landshut (Terminvereinbarung unter [energieversorgungsleitungen@reg-nb.bayern.de](mailto:energieversorgungsleitungen@reg-nb.bayern.de)) erheben.

Einwendungen können zusätzlich über die folgenden Wege erhoben werden:

- über das sichere Kontaktformular der Regierung von Niederbayern (<https://formularserver-bp.bayern.de/sichererKontakt?caller=00998243379>) oder
- durch eine elektronische Zusendung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur oder
- über ein besonderes elektronisches Postfach (beA, beN oder bePBO).

Die Erhebung von Einwendungen mit „einfacher“ E-Mail ist nicht zugelassen.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. **Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen gegen den Plan, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, gemäß Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG für das Verwaltungsverfahren ausgeschlossen.** Dies gilt auch für Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet werden, ist ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein, andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben. Bereits im Verfahren erhobene Einwendungen bleiben weiter gültig.

Die Regierung von Niederbayern wird alle eingehenden Einwendungsschreiben und Stellungnahmen (einschließlich der darin enthaltenen persönlichen Angaben) der Vorhabenträgerin zur Stellungnahme zuleiten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass gem. § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind. Ein etwaiger Anonymisierungswunsch ist vom Einwender ausdrücklich und deutlich zu erklären.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach Art. 73 Abs. 4 Satz 5 BayVwVfG von der Auslegung des Plans.
3. Rechtzeitig erhobene Einwendungen können in einem Termin erörtert werden, den die Regierung von Niederbayern ortsüblich bekannt macht. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit dem Abschluss des Erörterungstermins beendet. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.
4. Durch Einsichtnahme in den Plan, durch Erhebung von Einwendungen oder durch Vertreterbestellung entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Der Planfeststellungsbeschluss wird öffentlich bekanntgegeben, indem er für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern mit der Rechtsbehelfsbelehrung zugänglich gemacht wird. Auf die Zugänglichmachung im Internet wird, zusammen mit dem verfügenden Teil des Planfeststellungsbeschlusses und der Rechtsbehelfsbelehrung, in einschlägigen örtlichen Tageszeitungen hingewiesen.  
Nach Ablauf von zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern gilt der Planfeststellungsbeschluss gegenüber den Betroffenen und demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, als bekanntgegeben.
7. Vom Beginn der Auslegung des Planes an dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplante Baumaßnahme erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (Veränderungssperre). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt (§ 44a Abs. 1 EnWG). Darüber hinaus steht der Vorhabenträgerin nach § 44a Abs. 3 EnWG ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu.
8. Zudem werden die Planunterlagen auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern unter <http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/pf-enwg> veröffentlicht.
9. Auf Verlangen gegenüber der jeweiligen Gemeinde kann während des Auslegungszeitraums nach § 43a Satz 3 EnWG eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planunterlagen zur Verfügung gestellt werden, um Personen, die keinen bzw. keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, eine Kenntnisnahme der auszulegenden Unterlagen zu ermöglichen. Das Verlangen ist an die jeweilige Gemeinde zu richten.
10. Die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde im Sinne des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG) ist die Regierung von Niederbayern. Über das Vorhaben wird durch Planfeststellungsbeschluss entschieden.
11. Die Unterlagen enthalten Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG).

**Hinweis zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO):**

Aufgrund der seit dem 25. Mai 2018 anwendbaren DSGVO wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit im o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Regierung von Niederbayern) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und ihre mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Stellungnahmen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Unterabs. 1 Buchst. c DSGVO. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.regierung.niederbayern.bayern.de/meta/datenenschutz](http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/meta/datenenschutz)

Unterschrift

